

Grundsatzpapier/-programm der Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer

**beschlossen auf der Bundesdelegiertenkonferenz der BAG DIE LINKE.queer am
10. Dezember 2016 in Berlin**

**Wir kämpfen für die Akzeptanz und Selbstverständlichkeit
unterschiedlicher Lebensweisen.¹**



Die Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer ist ein Zusammenschluss im Umfeld und innerhalb der Partei DIE LINKE. Unsere Mitglieder spiegeln die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wieder. Wir sind lesbisch, schwul, pan- /bisexuell, asexuell, trans (d.h. agender, nongender, genderqueer, bigender, genderfluid, neutrois, transgender, transident, etc.), inter*, sowie weitere hier nicht aufgelistete Geschlechter, und solidarische heterosexuelle, nicht inter*, und nicht trans* (Begriffserläuterungen finden sich im Glossar). Wir kämpfen für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Wir treten Diskriminierung von Gruppen und Menschen - auch in der queeren Community - entgegen. Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit ein, denn für uns sind Freiheit und Gleichheit zwei Seiten derselben Medaille. Wir bezeichnen uns als queer.

Wir arbeiten auf der Grundlage des Parteiprogrammes der Partei DIE LINKE:

„DIE LINKE steht für eine emanzipatorische Politik, die die unterschiedlichen Lebensweisen berücksichtigt und unterstützt. Heterosexualität und die Vorstellung, dass es ausschließlich zwei Geschlechter gibt, gilt stillschweigend als Maßstab politischer und gesellschaftlicher Norm. Diese Norm grenzt aus. DIE LINKE unterstützt das Recht auf die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Gesellschaft. Dazu gehört die gesellschaftliche Gleichstellung und Akzeptanz der Grundrechte von Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen. Das Personenstandsrecht

muss den Menschenrechten insbesondere von Intersexuellen und Transsexuellen gerecht werden. Geschlechtsangleichende Operationen im Kindesalter sind zu unterbinden. Wir fordern die rechtliche Gleichstellung in allen (Rechts-) Bereichen und bei allen Rechtsinstituten.“
(Erfurter Programm 2011)

Queere Politik und Kritik

Queer fasst unsere Vielfalt sinnvoll zusammen. Wir kämpfen für eine Akzeptanz unserer geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt. Wir streben eine Gesellschaft an, die mit der Heteronormativität, der Zweigeschlechtigkeit als Norm und der Cisnormativität (also der Norm nicht trans und mit dem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht stimmig zu sein) bricht und alle Lebensentwürfe als gleichberechtigt begreift. (A)sexuelle und (a)geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. Deshalb richtet sich queere Politik gegen die Cisnormativität, Zweigeschlechtigkeit und Heteronormativität der Gesellschaft, des Staates und seiner Strukturen. Denn diese geht davon aus, dass diese eine gesellschaftliche Norm sei, die weder tradierte Herrschafts- und Sozialisationsformen noch kulturelle Voraussetzungen in sich trage und deshalb als selbstverständlich, natürlich und nicht hinterfragbar vorausgesetzt werden könne. Queere Politik der Kritik an der Heteronormativität muss Querschnittspolitik sein. Wir streben an, diese intensiv in die Partei hineinzutragen. Sie greift in alle Debatten, von der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Familien-, Arbeitsmarkt-, Innen- und Justiz bis zur Rentenpolitik ein, um die (a)sexuelle und (a)geschlechtliche Vielfalt der Gesellschaft anzuerkennen, statt wie bisher von



der Vorstellung auszugehen, dass Sexualität ausschließlich zwischen Männern und Frauen gelebt wird und dass Menschen mit ihrem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht dauerhaft übereinstimmen.

Der Feminismus

ist unsere Bündnispartner*in

Der Feminismus rüttelte die männlich strukturierte Gesellschaft durcheinander. Die Selbstverständlichkeit männlicher Herrschaft stellten Feminist*innen in Frage. Dies ist auch unser Ziel. Unser Feminismus beinhaltet den Blickwinkel auf die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Diskriminierungsformen aufgrund von verschiedenen Hintergründen.

Wir fordern Aufklärungs-, Beratungs- und Geflüchteteninitiativen, die Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer Sexualität als gleichwertig anerkennen, unterstützen Frauenhäuser und Maßnahmen der Frauenförderung. Frauenhäuser sollten Frauen mit und ohne Transhintergrund und mit Migrations-/Fluchthintergrund aufnehmen. Zudem sollte geschützter Raum in Form von Wohnraum für FLTI eingerichtet werden, als Erweiterung zum Angebot der Frauenhäuser. Wir stehen für die Bereitstellung von Wohnraum und die damit einhergehende soziale, medizinische und psychologische Betreuung für FLTI-Geflüchtete.

Benachteiligungen von hetero- und nicht-heterosexuellen Frauen, mit und ohne Transhintergrund werden noch immer als selbstverständlich erlebt, ebenso wie eine Vorstellung von herrschender Männlichkeit, die alle Menschen, die diesen Normierungen nicht entsprechen, diskri-

miniert. Diese Diskriminierung ist in Institutionen, Strukturen und Verhaltensweisen verankert. In Deutschland verdienen Frauen* etwa 25 % weniger als Männer*. Wir wollen bei gleichwertiger Arbeit ein gleiches Entgelt für alle Geschlechter. Wir streiten für gesellschaftliche Verhältnisse, in denen nicht das Geschlecht über die finanziellen Möglichkeiten zur gesellschaftlicher Teilhabe entscheidet.

Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Lebensweisen

Wir streiten für die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen. Dazu gehört vor allem die vollständige Überwindung der Ungleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft gegenüber der Ehe. Daher fordern wir die Öffnung der Ehe, um rechtliche Gleichstellung für alle zu ermöglichen. Das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft war ein Übergangsgesetz. Es ist gesellschaftlich überholt.

Die Gleichberechtigung der Lebensweisen ist mit einer Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft noch nicht erreicht. Es existieren eine Vielzahl von Lebensweisen und Familienformen, für die die Eheschließung oder die Eingehung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft nicht in Frage kommt: Einelternfamilien, Singles, Regenbogenfamilien mit mehr als zwei Elternteilen, zusammenlebende Freund*innen, Verwandte, Patchworkfamilien, Wahlverwandtschaften oder auch Paare, die sich gegen Ehe und Lebenspartner entschieden haben. Deshalb kann die Öffnung der Ehe für alle nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Lebensweisenpolitik sein, in der die Anerkennung aller Lebensweisen leitendes Prinzip ist. Um der



Vielfalt von Lebens- und Beziehungsformen gerecht zu werden, streben wir zudem eine ökonomische Entprivilegierung der Ehe an. Niemand darf ökonomisch benachteiligt werden, weil er/sie nicht verheiratet sind. Lebensweisen in allen Formen verdienen Akzeptanz und gesellschaftliche Gleichstellung.

Regenbogenfamilien

Regenbogenfamilien sind rechtlich noch immer Familien zweiter Klasse. Besonders im Steuerrecht und Familienrecht besteht eine eklatante Ungleichbehandlung zwischen verschieden- und gleichgeschlechtlichen Familien. Diese Ungleichbehandlung geht zu Lasten der Versorgung und Absicherung der Kinder in Regenbogenfamilien. Die Diskriminierung von Regenbogenfamilien gegenüber heterosexuellen Ehen mit Kindern muss beendet werden. Wir setzen uns für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien in allen Rechtsbereichen ein (also inklusive Steuer-, Sozial- und Sorgerecht). Die Verweigerung des vollständigen Adoptionsrechts und des Rechts auf künstliche Befruchtung ist haltlos. Wir unterstützen die Familiengründung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Das Recht auf Familiengründung muss für alle gelten.

Für ein diskriminierungsfreies und selbstbestimmtes Leben

Queerfeindlichkeit, d.h. Homo- und Transfeindlichkeit sind trotz aller gesellschaftlichen Fortschritte weiter ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf queere Menschen. Der „Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ spart die

Bereiche Homofeindlichkeit und Transfeindlichkeit aus. Es existieren auf Bundesebene keine koordinierten staatlichen Programme gegen diese Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Daher fordern wir einen Aktionsplan für Vielfalt auf Bundesebene, für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen, entsprechende staatliche Programme und gezielte Präventionsmaßnahmen, um die Arbeit für Respekt nachhaltig zu fördern. Solche Aktionspläne gibt es in immer mehr Bundesländern. Auch auf Bundesebene müssen bestehende und kommende Programme zur Bekämpfung rechtsextremer, minderheitenfeindlicher Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gewährleisten, dass alle Gruppen, gegen die sich Hassverbrechen richten, einbezogen und angemessen berücksichtigt werden. Das gilt auch für Maßnahmen zur Opferhilfe. Immer wieder propagieren dubiose Organisationen aus dem christlich-fundamentalistischen Spektrum eine „Umkehrbarkeit“ von Homosexualität, die als zu heilendes Defizit dargestellt wird. Solche „Therapien“ bergen erwiesenermaßen Gefahren für die psychische Gesundheit. Sie dürfen keinesfalls von staatlicher Seite gefördert werden. Der Staat muss verhindern, dass vor allem Minderjährige solchen gesundheitsgefährdenden „Therapien“ ausgesetzt werden.

Anerkennung, Selbstbestimmung und rechtliche Gleichstellung von Trans* und Inter*

Leider sind Selbstbestimmung und ein gewaltfreies Leben für Menschen mit Transhintergrund auch in Deutschland noch längst kein Standard. Die derzeitige Rechtslage in Deutschland wird



dem Grund- und Menschenrecht auf Geschlechts-identität von Menschen mit Transhintergrund nicht gerecht. Das Transsexuellengesetz (TSG) aus dem Jahr 1980 entspricht nicht den menschenrechtlichen Standards. Wir fordern die Aufhebung des Transsexuellengesetzes (TSG) als Sondergesetz und die Integration in bestehendes Recht. Das entwürdigende Begutachtungswesen und Zwangsgutachten sind abzuschaffen.

Entsprechend dem argentinischen Vorbild müssen alle Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung abgebaut und das volle Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Transhintergrund verwirklicht werden. Nach argentinischem Vorbild soll die Geschlechtszugehörigkeit allein durch das innere und individuelle Erleben des Geschlechts bestimmt werden, so „wie es jede Person fühlt“, unabhängig von der Geschlechtsbestimmung bei der Geburt. Kosten für Änderungen in Geburtsurkunden und Ausweispapieren müssen verhältnismäßig und sozialverträglich sein. Die Förderung der Selbsthilfe muss kontinuierlich ausgebaut werden. Wir fordern ein Angebot an Beratungsstellen für Menschen mit Transhintergrund, die diese anerkennen und nicht bevormunden.

Der Nationale Aktionsplan gegen Homofeindlichkeit, muss auch gegen Transfeindlichkeit erweitert werden, um allen Menschen mit Transhintergrund in Deutschland endlich ein menschenrechtskonformes, mündiges, selbstbestimmtes, diskriminierungsfreies und würdiges Leben zu eröffnen.

Die notwendige und hochwertige medizinische Versorgung von Menschen mit Transhintergrund und deren ungehinderter Zugang dazu durch verbindliche gesetzliche Vorgaben und Richtlinien sicherzustellen. Insbesondere die

Grundsatzpapier/-programm

der Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer

Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen muss durch Änderungen im Sozialgesetzbuch gesetzlich verankert werden. Die Kostenübernahme für geschlechtsangleichende Maßnahmen muss gewährleistet sein, auch für Maßnahmen im EU-Ausland.

Die medizinische Forschung, u.a. im Bereich der Hormontherapie, ist auszubauen und zu fördern, vor allem, um weniger risikoreiche Transitionen zu ermöglichen. Dementsprechend müssen auch Alternativpräparate zu den bisher gängigen, gesundheitlich bedenklichen Testosteronblockern geschaffen und allgemein zugänglich gemacht werden.

Wir fordern Gleichbehandlung auch im gesundheitlichen Bereich, das heißt, dass Ärzt*innen, Pflegepersonal und Mitarbeiter*innen von Krankenkassen durch Schulungen dafür sensibilisiert werden, dass queere Menschen, insbesondere Menschen mit Transhintergrund und Inter* Menschen, aber auch nicht heterosexuelle und/oder nicht monogame Menschen, als ein gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft zu sehen sind.

Menschen mit Transhintergrund, die durch Zwangsoperationen und Zwangssterilisation von der menschenrechtsverletzenden und verfassungswidrigen Praxis des TSG betroffen waren/sind, müssen entschädigt werden.

Intergeschlechtliche / Inter*Menschen

Menschen, die mit uneindeutigen biologischen Geschlechtsmerkmalen geboren werden, genießen bislang keinen rechtlichen Schutz. Obwohl körperlich gesund, werden sie in der Mehrzahl der Fälle im frühesten Kindesalter irreversiblen



medikamentösen und chirurgischen Eingriffen ausgeliefert. Diese Zwangsbehandlungen stellen einen erheblichen Verstoß gegen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde dar. Die Zwanganpassungen an die rechtlich geforderte Zweiteilung der Geschlechter sind eine schwerwiegende Form der Diskriminierung. Es braucht eine rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung zwischengeschlechtlicher Menschen.

DIE LINKE. hat seit weit mehr als einem Jahrzehnt auf die massive Menschenrechtsverletzung hingewiesen, die an intersexuellen Menschen begangen wurde. Wir werden dies weiterhin tun. Wir fordern zur Wahrung der Grundrechte von Intergeschlechtlichen / Inter*Menschen ein Verbot von geschlechts-angleichenden Maßnahmen vor der Einwilligungsfähigkeit. Intergeschlechtliche / Inter*Menschen müssen im Personenstandsrecht anerkannt und die Selbsthilfe unterstützt werden. Im Personenstandsrecht ist mindestens eine weitere Kategorie neben männlich und weiblich gemeinsam mit den Organisationen der Betroffenen zu entwickeln. Des Weiteren sollen Intergeschlechtliche / Inter*Menschen unterstützt werden und eine Entschädigung für vergangenes Unrecht erhalten.

Menschen mit Behinderung

Wir fordern Inklusion und Gleichbehandlung statt Integration. Menschen mit Behinderungen sind so vielfältig wie der Rest der Menschheit. Gesellschaftlich festgesetzte Normen und Verhaltensweisen schließen Menschen mit Behinderung aus vielen Bereichen der Gesellschaft aus. Integration bedeutet, Menschen in etwas Bestehendes hinein zu nehmen. De facto wollen

viele Menschen mit Behinderungen (wie auch viele andere) nicht in die Normen der Gesellschaft hinein-integriert werden. Wir fordern inhaltliche und räumliche Barrierefreiheit. Homepages und Infomaterial müssen barrierefrei werden, d.h. sie müssen in ihrer Bedienbarkeit leicht zugänglich sein, aber auch sprachlich für Menschen mit Lernschwierigkeiten verständlich sein. Dementsprechend sollte leichte Sprache verwendet werden. Räumlichkeiten von queeren Organisationen müssen barrierefrei zugänglich sein. Subventionen für die Umsetzung der Barrierefreiheit müssen von Bund und Ländern zur Verfügung gestellt werden. In den Medien und der Öffentlichkeitsarbeit der queeren Organisationen, der Antidiskriminierungsstellen der Länder und im Bund und den politischen Parteien, sowie auf Veranstaltungen der Community, müssen Menschen mit Behinderungen sichtbar werden.

Queer und Alter

Noch immer führen viele ältere queere Menschen ein soziales Doppelleben und sind in unserer Gesellschaft unsichtbar, denn sie geben sich oft aus Angst vor Ausgrenzung aufgrund ihrer sexuellen Identität nicht zu erkennen. Sie leben oft vereinzelt und sind einsam. Gleichwohl wollen sie ihre dritte Lebensphase aktiv planen und Alternativen zu den traditionellen Lebensentwürfen älterer Menschen entwickeln. Eine wachsende Zahl tritt deshalb selbstbewusster als früher auf und fordert zu Recht, wahrgenommen zu werden.

Zum ersten Mal gibt es in Deutschland eine Generation von queeren Menschen im Alter, die offen zu ihrer sexuellen Identität stehen. Die Generationen, die offen ihre geschlechtliche



und sexuelle Identität leben, beanspruchen nicht nur, in ihren Rechten mit heterosexuellen Menschen gleich behandelt zu werden, sondern sie fordern auch für ihre neue Lebensphase, dass ihre jeweiligen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Aus dieser Lebenssituation ergeben sich Konsequenzen. Die Senior*innenarbeit für queere Menschen im Alter muss stärker von Verbänden und Verwaltungen aufgegriffen werden, und die Altenhilfe muss sich besser auf die Lebenssituation von queeren Menschen im Alter einstellen. Wir möchten durch Zusammenarbeit und im Schulterschluss mit Vereinen und Verbänden unserer Community sowie der Altenpflege gemeinsam für die Interessen queerer Menschen im Alter eintreten.

Akzeptanz und Abbau von Diskriminierung durch Bildung

Bildungspläne und Akzeptanzinitiativen sind notwendige Bausteine beim Abbau von Diskriminierungen und Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Der Schule kommt daher eine besondere Bedeutung in der Aufklärung über die verschiedenen Lebensweisen zu. Deswegen sollten alle Orte des Lernens solche sein, an denen sich auch queere Menschen aufgehoben und wertgeschätzt fühlen. Oft sind aber gerade auch Kinder und Jugendliche von Stigmatisierung, Mobbing, Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen. Das kann Folgen weit über die Zeit des Heranwachsens hinaus haben. Wer junge Menschen auf die Vielfalt bestehender Lebensweisen vorbereiten möchte, wer queeres Leben als selbstverständlichen Bestandteil unserer Gesellschaft ansieht, der muss auch dafür eintreten, dass ein solches positive, akzeptierende und starkmachende Menschenbild, dass Vielfalt von Lebensweisen und Sexualität

auch Teil des Bildungsauftrages sind. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Aufklärung über die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten Bestandteil der Bildungspläne aller Bundesländer wird. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gehört nicht nur in die Lehrpläne und Lehrmaterialien, sie muss auch aktiv vermittelt werden. Deshalb muss auch in der Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen dieses Thema seinen verpflichtenden Platz finden. Der Bund muss hier unterstützend und koordinierend tätig werden. Dabei soll er auch die Vernetzung von Schulaufklärungsprojekten unterstützen, Fortbildungsmaßnahmen, die Entwicklung von Aufklärungsmaterial, Vernetzungsstrukturen und Forschung zur Situation von queeren Jugendlichen fördern. Nur so kann zu einer umfassenden Akzeptanz der Unterschiedlichkeit kommen.

Akzeptanz von Unterschiedlichkeit bildet sich jedoch schon in den frühesten Jahren kindlicher Entwicklung. Auch in den Familien muss heteronormativen und cisnormativen Erziehungsmodellen daher durch qualifizierte Beratungsangebote für Eltern und Stellen, die als Ansprechpartner*in bei innerfamiliären homo- und transfeindlichen Problemen fungieren, begegnet werden. Die Erfüllung von Geschlechterrollen und Erwartungen der Familienfortführung darf nicht länger Bedingung für innerfamiliäre Akzeptanz sein.

Diskriminierung ächten und sexuelle Selbstbestimmung fördern

Das in 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) weist noch erhebliche Lücken auf. So fehlt ein echtes Ver-



bandsklagerecht. Zudem gibt es weitere und ungerechtfertigte Ausnahmen vom Diskriminierungsschutz für Beschäftigte im kirchlichen Bereich bzw. von Einrichtungen religiöser Träger. Dabei finden gerade bei kirchlichen Arbeitgebern besonders schwerwiegende Diskriminierungen homosexueller Beschäftigter statt. Diese Lücken im AGG müssen geschlossen werden. Daher fordern wir den Ausbau des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Insbesondere ein Verbandsklagerecht und die Erweiterung um das Merkmal chronischer Erkrankungen sind äußerst wichtig. Die Ausnahmeregelung im AGG für Religionsgemeinschaften lehnen wir strikt ab. Des Weiteren fordern wir den Ausbau der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und eine massive Aufstockung der finanziellen Mittel, damit auch Queerfeindlichkeit hinreichend bekämpft werden können.

Sexarbeit ist so alt wie die Menschheit. Sie ist „kein Job wie jeder andere“, doch wird sie von nicht wenigen genutzt, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Das betrifft vor allem Menschen mit Transhintergrund, die häufig durch den Ausschluss aus der Arbeitswelt und daraus resultierender Armut dazu gedrängt werden, ihren Lebensunterhalt mit Sexarbeit zu bestreiten.

Sexarbeit zu kriminalisieren und mit Verboten einzudämmen führt nur zu einer Stigmatisierung und Entrechtung der Sexarbeiter*innen. Wir unterstützen Vereinigungen von Sexarbeiter*innen in ihrem Kampf um berufliche und gesellschaftliche Anerkennung, bessere Arbeitsbedingungen und beim Schutz vor Zuhälter*innen- und Freier*innenübergriffen. Wir wenden uns gegen Menschenhandel in jeder Form. Durch den Aus-

schluss aus der Arbeitswelt und daraus resultierenden Armut werden Menschen mit Transhintergrund häufig dazu gedrängt ihren Lebensunterhalt mit Sexarbeit zu bestreiten. Dies betrifft insbesondere Frauen mit Transhintergrund. Wir setzen uns ein für Beratungsangebote, die auf Freiwilligkeit basieren und wollen Initiativen und Projekte bei deren Umsetzung unterstützen, die sich durch jahrelange Arbeit vor Ort das Vertrauen der Frauen* erarbeitet haben. Wir kämpfen für eine selbstbestimmte Sexualität außerhalb von gängigen Machtstrukturen und Zwängen.

Eingriffe in die freie Entwicklung von Kindern müssen sich immer am Ziel der Befähigung zur Selbstbestimmung legitimieren. Auch deshalb betrachten wir sexuelle Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen in keinem Fall als einvernehmlich. Machtunterschiede, wie finanzielle Zwänge, sehr unterschiedliche Erfahrungen, psychische und physische Gewalt führen dazu, dass sexuelle Handlungen zwischen Kindern und Erwachsenen nicht selbst bestimmt für alle Beteiligten lebbar sind. Wir treten dem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, Kinderpornografie und der Prostitution Minderjähriger entschieden entgegen.

Pädophilie ist eine sexuelle Präferenzstörung, der nach der Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation Krankheitswert zukommt. Am sinnvollsten und am besten für alle Beteiligten ist es, bereits anzusetzen, bevor etwas passiert. Dafür müssen die vorhandenen Präventionsprogramme weiter ausgebaut und auf Dauer ausfinanziert werden. Sicher ist, dass Menschen mit pädophilen Neigungen bei sachgemäßer Be-



handlung lernen können, diese Neigung zu beherrschen. Vorwerfbar ist nicht der Befund, sondern vorwerfbar ist, wenn Pädophilie zu sexuellen Übergriffen führt.

Leben mit HIV und Aids

Die HIV-Prävention ist in Deutschland eine Erfolgsgeschichte. Die HIV-Neuinfektionen bewegen sich im internationalen Vergleich auf einem niedrigen Niveau. Dies ist ein Erfolg der Arbeit der Aids-Hilfen, und der vielen unterschiedlichen Präventions- und Aufklärungsteams, die strukturelle Prävention betreiben. Erfolgreiche Prävention setzt Emanzipation voraus. Wer an der Emanzipation sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mitwirkt, hilft mit, dass eine zielgruppenspezifische Präventionsarbeit erfolgreich sein kann.

Die größte Anzahl von HIV-Neuinfektionen betrifft in den letzten Jahren insbesondere Männer, die Sex mit Männern haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit der Aids-Hilfen, lokal, regional und bundesweit, auskömmlich und auf Entwicklung orientiert finanziert wird. Sie hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie für die Zielgruppen und ihrer Bedürfnisse nach Sexualität und Emanzipation gute Arbeit leistet. Doch die Erfolge dürfen nicht verspielt werden. Das heißt: Präventionsstrategien müssen der Zeit und den Bedürfnissen queerer Menschen angepasst werden. Zudem fordern wir den Ausbau und die Förderung von Projekten, die auch ein Erwerbsleben mit der Immunschwäche ermöglichen. Erweitert werden muss ebenso das Angebot an kostenlosen Schnelltests, damit die Testbereitschaft erhöht und Betroffene unmittelbar eine adäquate Behandlung erfahren können.

Emanzipation, die Förderung der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt z.B. mit Coming Out Gruppen, ist daher ein Beitrag zur HIV-Prävention. Wir setzen uns ein für die Entstigmatisierung und die Akzeptanz HIV-positiver Menschen in der Gesellschaft. So muss die Speicherung von HIV-Infizierten als „ansteckend“ (ANST) in INPOL, einem Informationspool der Polizei, endlich beendet werden.

Ebenso nachteilig wirkt sich die Kriminalisierung von HIV-Infizierten aus. Jeder muss für seinen Schutz vor HIV selbst Verantwortung übernehmen. Die Täter-Opfer-Logik des Strafrechts passt nicht zu selbstbestimmten sexuellen Begegnungen. Menschen mit HIV einseitig die gesamte Verantwortung zuzuschieben, trägt zu ihrer Stigmatisierung bei. Die Kriminalisierung führt zu Angst und sabotiert damit genau das, was sie herbeiführen soll: offene Kommunikation über den Schutz vor HIV. Zudem kann sie Menschen davon abhalten, einen HIV-Test zu machen und konterkariert die Bemühungen der Präventionsarbeit.

Unsere Rechte sind in Gefahr – Rechtspopulismus bekämpfen

Queerphobie ist ein zentraler Bestandteil rechtspopulistischer Ideologie. Grundsätzlich positionieren sich rechtspopulistische Parteien in ihren offiziellen Programmen völkisch konservativ, berufen sich auf eine christliche Wertemoral und propagieren ein heteronormatives Geschlechter- und Familienmodell. Und trotzdem versuchen sich rechtspopulistische Kräfte immer wieder als Sprachrohr von queeren Menschen in Szene zu setzen. Im Dienste des anti-muslimischen Rassismus werden Homosexuelle



zu bloßen Opfern migrantischer Jugendlicher degradiert.

Die Instrumentalisierung von queeren Menschen als passive Opfer darf nicht mit Emanzipation verwechselt werden. Die neu entdeckte vermeintliche Homosexuellen-freundlichkeit der Rechtspopulist*innen ist keine. In ihrer parlamentarischen Arbeit versucht die Alternative für Deutschland (AfD) immer wieder, queere Menschen gegen andere Teile der Gesellschaft auszuspielen und tritt gegen alle Bestrebungen für mehr Gleichberechtigung und Emanzipation auf. Die AfD will Homosexuelle wieder registrieren und zählen lassen, sie tritt konsequent gegen Förderungen von queeren Einrichtungen auf und bekämpft ebenso konsequent Bildungs- und Aktionspläne.

Der Kampf gegen rechts ist ein Kampf für die Rechte von queeren Menschen. Und umgekehrt. Gerade auch deshalb werden wir uns überall querstellen, wo Rechtspopulisten den öffentlichen Raum für sich erobern wollen.

Queer ohne Grenzen

Wir wollen eine friedliche und offene Welt statt einer Festung Europa. Wir fordern eine liberale Einwanderungspolitik, die nicht zuerst ökonomischen Kriterien unterliegt. Geschlechtsspezifische Verfolgung sowie staatliche und nichtstaatliche Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität sind hingegen als Asylgründe anzuerkennen.

Viele Geflüchtete kommen aus Ländern, in denen Homosexualität oder Transgeschlechtlichkeit verfolgt und gesellschaftlich sowie familiär geächtet werden.

In mehr als 75 Ländern werden Homosexuelle noch strafrechtlich verfolgt; in acht Ländern steht darauf die Todesstrafe. Aber auch in vielen weiteren Staaten droht homosexuellen Menschen die staatliche Verfolgung und Inhaftierung oder auch Schikane und Erpressung durch die Polizei. Obwohl der Europäische Gerichtshof (EuGH) 2013 festgestellt hat, dass die Verfolgung von queeren Menschen einen Asylgrund darstellt, ist dieses Recht auf Asyl für queere Geflüchtete nur schwer umzusetzen. Grundlage der Beurteilung der Verfolgung muss stattdessen die individuelle Lage sowie die persönlichen Umstände der Betroffenen einschließlich ihrer familiären und sozialen Hintergründe sein. Hilfreich hierfür ist die Einrichtung von Vermittlungs- und Beratungsstellen, die dauerhafte Sicherstellung von medizinischer, psychologischer und psychosozialer Regelversorgung und die kostenfreie Bereitstellung von Dolmetscher*innen. In den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete sind queere Menschen häufig Homo-, Trans- und Frauenfeindlichkeit ausgesetzt. Deswegen braucht es sicheren Wohnraum für Geflüchtete. DIE LINKE. setzt sich deshalb dafür ein, dass die Vorgaben des EuGH endlich umgesetzt werden. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf ein faires und diskriminierungsfreies Asylverfahren.

DIE LINKE.queer wird queeren Geflüchteten und ihre Selbstorganisation solidarisch unterstützen und Räume und Strukturen schaffen, in denen sie sich entfalten können. Jeder geflüchtete Mensch ist uns willkommen und muss überall diskriminierungsfrei leben können. Wir streiten für eine Welt der sozialen Rechte, des internationalen Dialogs und der Nicht-Diskriminierung, in der Menschen nicht auf Grund von Geschlecht



und Sexualität, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Behinderung, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand oder des Alters diskriminiert werden. Deshalb unterstützen wir (EU-)Richtlinien und weitere internationale Maßnahmen, die diesem Ziel national und international dienen.

Als Mitglied der International Lesbian and Gay Association (ILGA) setzen wir uns für die weltweite Gleichstellung aller Menschen, gleich welcher Identität, sexueller Orientierung und Lebensweise ein. Wir fordern unbeschränkten Zugang weltweit zu Medikamenten zur Aids-Bekämpfung und die Sicherstellung ausreichender Mittel zur Präventionsarbeit.

Wir fordern eine konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus. Wir arbeiten eng mit anti-rassistischen und antifaschistischen Gruppen, Vereinen, und Projekten zusammen.

Kampf um Gleichberechtigung und Gleichstellung queerer Menschen ist Teil einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik. Wir ringen um die Gleichstellung sexueller und geschlechtlicher Lebensweisen, als erste Etappe bis zum Ziel, der Aufhebung einer, diskriminierenden und heteronormativen Gesellschaft.

Hierfür streiten, diskutieren, demonstrieren und kämpfen wir parlamentarisch und außerparlamentarisch und suchen die Zusammenarbeit mit allen Menschen, die diese Ziele verfolgen. Unser Ringen für eine bessere Welt folgt der Prämisse:

"Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muss man die Umstände menschlich bilden."

(nach Marx und Engels)



1 Glossar

| | |
|---|---|
| Agender | kein oder ein neutrales Geschlecht habend (http://gender.wikia.com/wiki/Agender) |
| Asexuell | sind Menschen die keine Sexualität leben oder empfinden |
| Bigender | zwei Geschlechter habend oder zwischen zwei Geschlechtern switchend (http://gender.wikia.com/wiki/Bigender) |
| Bisexuell | zum eigenen, wie auch anderen Geschlechtern hingezogen fühlend |
| cisgender/cisgeschlechtlich | (vom griech. Cismann/Cisfrau cis = diesseitig), oder Person, die sich mit dem zugewiesenen Geschlecht bei der Geburt dauerhaft identifiziert. |
| FLTI | Frauen, Lesben, trans, inter* (nicht cismännliche Menschen) |
| genderfluid | zwischen mehreren Geschlechtern fließend (http://gender.wikia.com/wiki/Genderfluid) |
| genderqueer | Überbegriff für verschiedene nichtbinäre Geschlechter oder eine queerende Sichtweise auf Geschlechtlichkeit (http://gender.wikia.com/wiki/Genderqueer ; http://genderqueerid.com/) |
| Gender-Sternchen * | Das Gender-Sternchen ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechtsidentitäten, nicht nur zweier Geschlechter. |
| Inter*, intersexuell/intergeschlechtlich | Beschreibung für Personen, die genetisch, anatomisch und/ oder hormonell nicht eindeutig in das Zweigeschlechtersystem einsortiert werden können. Viele Inter*organisationen bevorzugen die Begriffe Intergeschlechtlichkeit, intergeschlechtlich, inter*, um darauf hinzuweisen, dass es hier nicht um sexuelle Identitäten sondern das Geschlecht geht. |
| neutrois | ein neutrales oder Null-Geschlecht habend (http://gender.wikia.com/wiki/Neutrois) |
| nongender | kein Geschlecht habend |
| pansexuell | sexuelle Orientierung, bei der Personen in ihrem Begehren keine Vorwahl nach Geschlecht treffen. Der Begriff <i>Pansexualität</i> leitet sich von der griechischen Vorsilbe <i>pan</i> (gesamt, umfassend, alles) ab. |
| trans/transident/transgender/Transgeschlechtlichkeit/Frauen oder Männer mit Transhintergrund | Menschen, denen bei Geburt das falsche Geschlecht zugewiesen wurde. |

2